



Beamte bekommen zwischen 50 und 70 Prozent ihrer Arztrechnungen erstattet. Wegen dieser Beihilfe müssen die Staatsdiener nur den Rest der Gesundheitskosten mit einer Krankenpolice absichern.

Beamtenprivileg

Bei Verbeamtung lohnt sich der Verbleib in der gesetzlichen Krankenversicherung fast nie. Was **Beihilfetarife** der PKV bieten und warum Makler bei der Öffnungsklausel aufpassen müssen.

Deutschland beschäftigt rund 1,7 Millionen Beamte. Als Staatsdiener genießen sie einige Vorzüge. Dazu gehört, dass sich ihr Dienstherr an den Krankheitskosten beteiligt (Beihilfe). An diesem Punkt setzt für Versicherungsmakler die Beratung von Beamten und Beamtenanwärtern an.

Anders als andere Arbeitnehmer können sie unabhängig vom Einkommen in die private Krankenversicherung (PKV) wechseln oder stets freiwillig in der gesetzlichen Kasse (GKV) bleiben. Rund 85 Prozent entscheiden sich für die PKV, die insbesondere für junge, gesunde Beamte und Anwärter enorme Preisvorteile bringt.

Das liegt auch an der staatlichen Beihilfe. Beamte bekommen zwischen 50 und 70 Prozent ihrer Arztrechnungen erstattet. „Der Umfang ist abhängig von den jeweiligen Beihilfavorschriften. Kinderreiche Beamte und Pensionäre erhalten eine höhere Erstattung, auch Ehegatten und Kinder profitieren“, sagt der Berliner Versicherungsmakler Dirk Gärtner, der sich mit seinem

Unternehmen Beamten Circle auf die Zielgruppe der Staatsdiener spezialisiert hat.

Besser früh beraten

Welche Leistungen in welcher Höhe erstattet werden, unterscheidet sich je nach Bundesland (siehe Tabelle nächste Seite).

»Die Berechnung der PKV-Beiträge basiert auf drei Säulen.«

Sven Bruns, Versicherungsmakler

„Die Versicherung sollte auf die jeweilige Beihilfeverordnung und auf die Wünsche des Kunden abgestimmt sein“, sagt Gärtner. „Da die Entscheidung zur künftigen Krankenversicherung meist bereits unmittelbar nach der Ausbildungszusage des Dienstherrn fällt, ist eine frühzeitige Beratung von Beamtenanwärtern sinnvoll“, rät er.

Wegen der Beihilfe müssen angehende Beamte nur den Rest der Gesundheitskosten mit einer PKV absichern (Restkostentarif), für sich selbst und gesondert für den beihilfeberechtigten Gatten und die Kinder. Für die Restkostenversicherung, auch Beihilfeversicherung genannt, übernimmt der Dienstherr keinen Beitragsanteil.

„Darüber hinaus lohnt sich oft noch der Abschluss eines Beihilfeergänzungstarifs, der Leistungslücken in den Beihilfekatalogen ausgleicht und so oft die Kosten, etwa für Zahnersatz, übernimmt“, berichtet Gärtner. Im Detail seien die Beihilfeeregulungen sehr unterschiedlich – und damit auch die nötigen Ergänzungsbausteine.

Wo viel Licht, da auch Schatten, sagt der Volksmund. Das ist auch bei der PKV für Beamte so, denn die Versicherer können Neukunden wegen Vorerkrankungen ablehnen oder Zuschläge verlangen. Es gibt aber dennoch die Möglichkeit, unabhängig von Alter und Gesundheitszustand einen Vertrag abzuschließen. Das Zauberwort heißt „Öffnungsklausel“ (auch Öffnungsklausel genannt). Bei Vorerkrankungen wie einer Depression oder einer Behinderung sind höchstens 30 Prozent Risikozuschlag auf den Tarifbeitrag erlaubt, und man muss keine Leistungsausschlüsse fürchten.

Bei der Aktion machen laut PKV-Verband aktuell 18 von insgesamt fast 40 Anbietern mit, darunter Versicherer mit starkem Maklerkanal wie DBV, Hallesche, Allianz, Inter, Münchener Verein oder Signal Iduna.

Keinerlei Vergütung

Für Makler enthalten Abschlüsse über die Öffnungsaktion eine bittere Pille: Sie bringen keinerlei Courtage. Auch die Hoffnung auf eine spätere Entlohnung ist nicht allzu groß. Bessert sich die Gesundheit des Kunden, kann ihm der Vermittler vielleicht eines Tages nützliche Beihilfeergänzungen anbieten. „Doch erstens muss der Kunde dazu die erneute Gesundheitsprüfung überstehen, und zweitens bringen Zusatztarife nur eine minimale Vergütung“, weiß Versicherungsmakler Sebastian Klöppel aus dem niederrheinischen Korschenbroich. „Alternativ könnten Makler auch ein Beratungshonorar nehmen, wenn Beamte nur über die Öffnungsklausel in die PKV kommen“, berichtet Klöppel. Er selbst versucht jedoch eher, als Ausgleich für die PKV-Be-



»**Verbeamtete Kunden verfügen über sichere und meist überdurchschnittliche Einkommen.**«

Dirk Gärtner, Beamten Circle

ratung das Maklermandat des Kunden für dessen weitere Policen zu bekommen. Das handhabt auch sein Maklerkollege Gärtner so. „Verbeamtete Kunden verfügen über sichere und meist überdurchschnittliche Einkommen und sprechen mich im Lauf der Zeit bei anderen Beratungsanlässen an“, sagt er.

Trotz des Vergütungsproblems ist gerade bei der Auswahl des Beihilfetarifs innerhalb der Öffnungsaktion ein versierter Berater gefragt, denn die Wahl des Versicherers ist quasi eine Entscheidung für das ganze Leben. Der Beamte kann später den Versicherer nicht wechseln, allenfalls den Tarif, sonst verliert er seine angesparten Alterungsrückstellungen. Ausnahme: Wer seine PKV nach 2008 abgeschlossen hat, darf einen Teil seiner Alterungsrückstellungen (in Höhe einer Absicherung im Basis tariff) mitnehmen. „Bevor ein Antrag in der PKV-Öffnungsaktion gestellt wird, sollte der favorisierte Tarif schon feststehen“, sagt Gärtner. „Denn nur das erste Unternehmen, bei dem der formelle Antrag auf Versicherung gestellt wird, ist verpflichtet, den Interessenten zu den erleichterten Bedingungen zu versichern.“

Der Antrag auf Teilnahme an der Öffnungsaktion muss binnen sechs Monaten nach Begründung des Beamtenverhältnisses gestellt werden. Der Tarifvergleich lohnt sich. „Insbesondere bei Heil- und Hilfsmitteln gibt es Unterschiede“, betont der PKV-Verband. Grundsätzlich sollte eine Versorgung, die sich mit dem medizinischen Fortschritt entwickelt („offener Hilfsmittelkatalog“), „ein wichtiges Kriterium bei der Auswahl des Tarifs sein“, rät er.

Gesunde Neu-Beamte kommen auch ohne Öffnungsaktion und damit noch preiswerter in die PKV. Schon ein „schlanker“ PKV-Schutz bietet in der Regel mehr Leistungen als die GKV, sind erfahrene Makler überzeugt. „Die Berechnung der PKV-Beiträge basiert auf drei wesentlichen Säulen, wobei die Besoldung keine Rolle spielt: Einstiegsalter, Gesundheitszustand

Beihilfesätze für Neu-Beamte in der PKV

Region	Person	Ambulante Behandlung und Zahnarzt	Klinikbehandlung	
			Regelleistung	Wahlleistung
Bund, Bayern, Baden-Württemberg ¹ , NRW, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Beamter	50 %	50 %	50 %
	Beamter ab 2 Kindern	70 %	70 %	70 %
	Ehegatte	70 %	70 %	70 %
	Versorgungsempfänger	70 %	70 %	70 %
	Kind	80 %	80 %	80 %
Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein	Beamter	50 %	50 %	Keine
	Beamter ab 2 Kindern	70 %	70 %	Keine
	Ehegatte	70 %	70 %	Keine
	Versorgungsempfänger	70 %	70 %	Keine
	Kind	80 %	80 %	Keine
Hessen, Bremen	Beamter, ledig	50 %	65 %	65 %
	Beamter, verheiratet ²	55 %	70 %	70 %

¹ in Baden-Württemberg bei erstmaligem Anspruch ab 2013 nur noch 50 Prozent (außer bei Kindern) | ² oder verwitwet; Erhöhung gilt nicht, wenn der Ehegatte selbst beihilfeberechtigt oder pflichtversichert ist oder über der Beitragsbemessungsgrenze verdient; pro Kind 5 Prozent mehr, pro Versorgungsempfänger 10 Prozent mehr.

Quelle: kloepfel-versicherungsmakler.de | Stand: April 2021

und Beihilfesatz“, sagt Versicherungsmakler Sven Bruns aus Osnabrück.

Verbleib in der GKV

Konkurrenz bekommt die PKV für Beamte neuerdings in einigen Bundesländern, die eine pauschale Beihilfe auch zahlen, wenn der Staatsdiener in der GKV bleibt. Seit August 2018 ist das in Hamburg möglich. Die Beihilfe beträgt pauschal 50 Prozent des aktuellen GKV-Beitrags, ist aber begrenzt auf die Hälfte des Höchstbeitrags der Kassen, 2021 also auf rund 380 Euro pro Monat. „Zur Pflegepflichtversicherung gibt es überhaupt keinen Zuschuss“, nennt Bruns einen Nachteil. Auch Bremen, Berlin, Brandenburg und Thüringen haben mittlerweile eine pauschale Beihilferegelung eingeführt.

Der Verbleib in der GKV samt pauschaler Beihilfe kann sich aufgrund der eingeschlossenen Familienversicherung für kinderreiche Beamte mit geringem Verdienst oder mit Vorerkrankungen lohnen, ist vom PKV-Verband zu hören. Das Modell gilt nur für neu eingestellte Beamte und diejenigen, die bisher freiwillig GKV-Mitglied waren. Die Entscheidung muss in jedem Fall gut überlegt sein: Wer sich für die pauschale Beihilfe im Rahmen der GKV entschieden hat, kann später nicht mehr in die PKV eintreten. Ausnahme: Wechselt ein Beamter in ein Bundesland, das nur die klassische Beihilfe anbietet, kann er in die PKV wechseln, falls sein Gesundheitszustand versicherbar ist. Ist dies wegen gravierender Vorerkrankungen nicht der Fall,



»Wir müssen vieles berücksichtigen, was bei anderen Zielgruppen nicht nötig ist.«

Sebastian Klöppel, Makler

muss er in der GKV bleiben und dann den gesamten Beitrag allein bezahlen.

Optionstarife

Die Beratung zum Gesundheitsschutz für Beamte ist anspruchsvoll. „Wir müssen vieles berücksichtigen, was bei anderen Zielgruppen nicht nötig ist“, sagt Klöppel. Zudem sei die Gruppe der Beamten nicht homogen. So erhalten Staatsdiener, die besonderen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sind, keine Beihilfe, sondern Heilfürsorge. Dann übernimmt der Dienstherr

100 Prozent der Kosten. In den Genuss der Heilfürsorge kommen oft Soldaten, Polizisten, Justizbeamte und bisweilen auch Feuerwehrmänner. Doch auch hier gibt es regionale Unterschiede. „So erhalten Polizeibeamte und Soldaten in Ländern wie Bayern, Brandenburg oder Thüringen während der Ausbildung Heilfürsorge, danach aber nur noch Beihilfe“, weiß Klöppel.

„In solchen Fällen lohnt sich eine Anwartschaftsversicherung, die etwa Polizeianwärtern das Recht einräumt, im Falle späterer Beihilfe nach der Ausbildung eine PKV-Restkostenversicherung ohne erneute Gesundheitsprüfung abzuschließen“, sagt Gärtner. Mit einem solchen Vertrag ist kein sofortiger Schutz verbunden, daher kostet die Anwartschaft nur fünf bis 30 Prozent des Tarifbeitrags. Gärtner zufolge gibt es manche Optionstarife für nur einen Euro pro Monat, so bei DBV und Debeka. „Die Signal bietet in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Polizei die Anwartschaft sogar kostenfrei an, aber nur bis zum Ende der Ausbildung“, so der Makler.

Das Beratungsfeld PKV für Beamte mag anspruchsvoll sein, doch die Kompetenz des Beraters zahlt sich langfristig durch Cross-Selling-Möglichkeiten und eine hohe Kundenbindung aus. Der größte Profiteur dürften aber die Beamten selbst sein: Die Gesundheitskosten klettern und damit auch die Beiträge. Doch die Beihilfe steigt für Pensionäre in den meisten Bundesländern von 50 auf 70 Prozent. Damit können PKV-versicherte Versorgungsempfänger ruhig schlafen. **DETLEF POHL FP**

Vom Spezialmakler empfohlen

Das Analysehaus Ascore testete kürzlich die Bedingungen der PKV-Vollversicherer. „Doch die genannten Spitzentarife sind nicht beihilfekonform, können also für Beamte gar nicht beantragt werden“, sagt der Berliner Versicherungsmakler Dirk Gärtner. Er empfiehlt für den Topschutz (außerhalb der Öffnungsaktion) diese drei Tarife für Beamte:

- ✓ **DBV („Vision B“-Reihe):** Laut Gärtner der „Klassiker“ unter den Beamtentarifen; er belohne gesundheitsbewusstes Verhalten, biete ein sehr gutes Preis-Leistungs-Verhältnis und passe sich flexibel dem Karriereverlauf an.
- ✓ **Signal („Komfort+“ und „Exclusiv“):** Beihilfeberechtigte Polizeianwärter, die

- Mitglied in der Polizeigewerkschaft sind, könnten die Tarife anfangs ohne Gesundheitsprüfung abschließen, lobt Gärtner.
- ✓ **R+V:** Die jüngst überarbeiteten Beihilfetarife bieten Gärtner zufolge ein hohes Leistungs-niveau, darunter keine Begrenzung bei Zahnleistungen und ambulanter Psychotherapie.